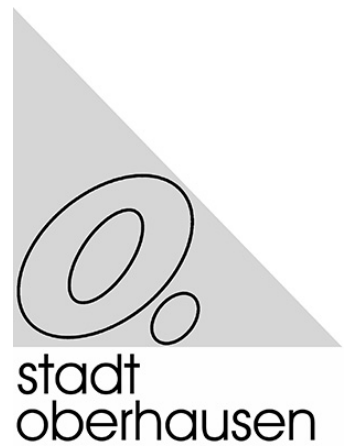




**Ansprache von
Oberbürgermeister Daniel Schranz
zur Einbringung des städtischen Haushalts 2022
in der Sitzung des Rates der Stadt Oberhausen
am 20. September 2021**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste,

ich liebe diese Stadt.

Ich bin hier geboren und aufgewachsen, habe eine Familie gegründet und mich entschieden, hier zu leben.

Und ich bin sicher, dass fast alle von Ihnen Oberhausen auch lieben, hier tief verwurzelt sind, sonst säßen Sie nicht in diesem Gremium, engagierten sich nicht ehrenamtlich für die Geschicke dieser – unserer – Stadt.

Vielleicht sind Sie jetzt überrascht und fragen sich, ob ich auch das richtige Redemanuskript dabei habe. Tatsächlich beginne ich meine Rede zur Einbringung des Haushaltes für das Jahr 2022 absichtlich mit einer solch emotionalen Aussage und will auch gerne erklären, warum ich das tue. Wir werden heute und in den nächsten Monaten wieder viel darüber sprechen, was Oberhausen leisten muss, was Oberhausen sich dagegen nicht leisten kann.

Der Kämmerer wird uns gleich den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr in seinen Details näherbringen. Und er wird Sie, das ist sein Job, darauf hinweisen, dass es kaum Spielraum gibt, wird uns erklären, was alles nicht mehr geht.

Ich möchte das Gegenteil tun, so verstehe ich meinen Auftrag: Ich möchte Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Augen öffnen für das, was dennoch geht.

Obwohl wir noch mitten in einer Pandemie stecken.

Obwohl diese Stadt auch ohne Corona schon genug zu schultern hatte.

Obwohl wir wenig Geld und große Aufgaben haben.

Denn Oberhausen und die Menschen, die hier leben, sind es wert. Wir sind nicht perfekt, wie fast nichts, das man liebt – und haben dennoch das Bestmögliche verdient.

Ich bin der festen Überzeugung: Wenn wir uns nur auf die Defizite konzentrieren, bleiben wir hinter unseren Potenzialen zurück, dann werden wir dieser, unserer Stadt nicht gerecht.

Täten wir das, drohte ein Kreislauf von: Die Finanzlage ist angespannt bis desolat, wir haben keinen Handlungsspielraum, also versuchen wir nichts – und erreichen eben auch nichts. Damit, meine Damen und Herren, ist niemandem in dieser Stadt geholfen.

Das soll kein Aufruf zur Schönfärberei sein, im Gegenteil: Wir müssen den Problemen ins Auge sehen, sie analysieren und gute Lösungen finden. Dass wir das tun, dass viele Menschen in dieser Stadt, ihrer Verwaltung und in der Politik daran arbeiten, zeigen unsere Erfolge. Denn tatsächlich wollen wir ja nicht nur Dinge schaffen – wir schaffen sie auch, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nicht alle, keine Frage, aber weit mehr, als wir uns oft selbst klarmachen.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen.

Als erstes Thema unsere Investitionen: Wir wollen im kommenden Jahr mehr als 115 Millionen Euro investieren. Und ja, wir werden im laufenden Jahr nicht so viel investieren, wie wir geplant hatten, das ist richtig – und nicht ungewöhnlich. Wenn Sie in die Statistiken schauen, werden Sie feststellen, dass das jedes Jahr passiert ist. Wir könnten auch etwas daran ändern, wenn wir etwa nicht Jahr für Jahr die Komplettbeträge für Investitionsprojekte veranschlagen würden, von denen wir bereits wissen, dass wir sie gar nicht in einem Jahr verbauen werden – wie beispielsweise die Sanierung der Siedlung Gustavstraße.

Viel wichtiger ist aber, dass die Summe von rund 75 Millionen Euro Investitionen, mit denen wir im Corona-Jahr 2020 etwa Schulen und Stadtteile besser gemacht und die Digitalisierung vorangetrieben haben, fast viermal so hoch ist wie die Summe der Investitionen der Stadt Oberhausen zehn Jahre zuvor; fast doppelt so hoch wie 2015; und mehr als 22 Millionen Euro höher als 2019. Das ist ein Grund zur Freude, und genauso eine Herausforderung für das Projektmanagement und -controlling. Eine Herausforderung, der wir uns gern stellen. Und weiter stellen werden: Die tatsächlich getätigten Investitionen in den vergangenen sechs Jahren liegen mehr als doppelt so hoch wie in den sechs Jahren zuvor, und wir möchten das für diese Stadt gern noch weiter steigern.

Mein zweites beispielhaftes Thema sind die Ansiedlungen: Nicht alles funktioniert, was wir uns wünschen, das ist wahr. „The Mirai“, das in der Neuen Mitte geplante Leuchtturm-Projekt der Fitnessbranche, hat der Investor wegen der katastrophalen Auswirkungen der Pandemie auf diesen Bereich aufgegeben.

Mitten in der Pandemie hat ein anderes Unternehmen dagegen sein Projekt in beeindruckender Geschwindigkeit in Oberhausen verwirklicht: Nachdem wir im Juli bereits die neue Umgehungsstraße in Betrieb nehmen konnten, wird morgen Edeka Rhein Ruhr einen Teil des neuen Zentrallagers auf dem Waldteichgelände offiziell in Betrieb nehmen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Damit hat Edeka 200 Millionen Euro in den Bau und die Technik, in unsere Stadt investiert. Rund 400 Menschen arbeiten bereits im neuen Zentrallager; perspektivisch soll die Zahl auf bis zu 1.000 anwachsen. In vier Berufsbildern werden jetzt schon junge Menschen ausgebildet.

Als drittes und letztes Thema in diesem Zusammenhang will ich unsere Fördermittel ansprechen: Wir bekommen viele Millionen Euro Fördergelder. Das hat vor allem drei Gründe: Wir brauchen das Geld, und das ist auch den Mittelgebern klar. Wir stellen kluge Anträge. Und wir rufen die Mittel ab. Das wird gern gesehen beim Land und beim Bund, ist längst nicht selbstverständlich, und wirkt sich oft positiv auf die Bewilligung neuer Anträge aus.

„Und was war mit dem Europakino?“, werden einige unter Ihnen jetzt fragen, und das zu Recht. Denn das Projekt war nicht nur zu komplex und schwierig, sondern wir haben auch Fehler gemacht – und lernen daraus.

Der Multifunktionskomplex in Osterfeld dagegen: Der kommt. Immer wieder ist ja bezweifelt worden, dass wir diese große Fördersumme tatsächlich bekommen. Im August war der Förderbescheid da.

Die ersten vorbereitenden Arbeiten haben begonnen. Über 19 Millionen Euro werden wir hier verbauen — davon fast 14 Millionen Euro

Fördermittel, damit Osterfeld eine moderne Stadtteilbibliothek, ein neues Jugendzentrum und die GSO eine neue Aula bekommen, die auch andere Gruppen in Osterfeld nutzen können.

Fördermittel einzuwerben gelingt uns auch für den Breitbandausbau: Wir beseitigen die letzten „weiße Flecken“ in der Stadt mit Glasfaser und arbeiten daran, Glasfaser flächendeckend in ganz Oberhausen auszubauen. Denn wie wichtig schnelles Internet ist, wissen inzwischen nicht mehr nur Gamer und Netflix-Kunden, sondern alle diejenigen, die wegen der Pandemie von zu Hause arbeiten mussten und müssen. 8,5 Millionen Euro Fördermittel sind Oberhausen hierfür bewilligt worden und werden seit Juli dieses Jahres verbaut. Zudem haben wir in diesem Jahr die Erschließung unserer Gewerbegebiete, Krankenhäuser und weiterer 1.000 Haushalte ausgeschrieben. Wir rechnen mit der Vergabe im nächsten Jahr und einer hohen zweistelligen Millionensumme Förderung. Das ist nicht nur gut für die Menschen im Homeoffice, sondern auch für die Unternehmen am Standort Oberhausen.

Zudem freuen wir uns, dass auch der privatwirtschaftliche Glasfaserausbau der Telekommunikationsunternehmen in Oberhausen voranschreitet. Allein die Telekom möchte im nächsten Jahr rund 5.000 Haushalte mit Glasfaser versorgen.

Das schnelle Internet können wir gut gebrauchen, als Modellstadt im Projekt Smart Cities. Und ja, in der ersten Ausschreibung hatten wir es nicht geschafft. Aber wir haben uns nicht demotivieren lassen, es nochmal versucht – und können jetzt bis zu 13,6 Millionen Euro bekommen, um daran mitzuarbeiten, die intelligente Kommune der Zukunft zu entwickeln. Das zeigt: Wir dürfen uns von Misserfolgen nicht entmutigen lassen – die

wird es weiter geben. Vielmehr müssen wir aus Fehlschlägen lernen und Konsequenzen ziehen. Wenn wir auf Erfolge vertrauen, gehen wir weiter voran.

Das gilt, meine Damen und Herren, genauso auch für den städtischen Haushalt, die Grundlage für all das, was wir machen, machen können: Auch für 2022 legen wir den Entwurf für einen ausgeglichenen Haushalt vor. Es ist bereits der sechste in Folge, nachdem genau das zuvor 25 Jahre lang nicht gelungen war.

Wir schaffen das nicht, ohne neue Schulden aufzunehmen, auch das gehört zur Wahrheit. Das ist, meine Damen und Herren, aber nicht nur vom Land so gewollt, sondern meiner Meinung nach auch kein Makel.

Wir haben außergewöhnliche Belastungen in der Pandemie, und wir schleppen leider weiter finanzielle Altlasten mit uns herum. Natürlich macht gerade diese neuerliche Belastung durch die aktuelle Krise deutlich, wie wichtig, wie notwendig eine Lösung der Altschulden-Frage ist.

Dass wir mit der höheren Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft eine jährliche Entlastung unseres Haushaltes von rund 17 Millionen Euro erhalten, wollen wir aber auch nicht verschweigen.

2022 wird der Corona-Schaden für den städtischen Haushalt mit 57,7 Millionen Euro zu Buche schlagen, und nur weil wir ihn isolieren und über 50 Jahre verteilen dürfen, bekommt die gute Entwicklung, die unser Etat in den letzten Jahren genommen hat, keine stärkere Delle.

Die Corona-Pandemie, meine Damen und Herren, ist und bleibt die größte Krise für unser Land seit dem Zweiten Weltkrieg. Für ein Fazit ist es

definitiv zu früh, denn die Pandemie ist noch nicht vorbei. Gleichwohl sind wir alle pandemiemüde – und müssen umso mehr alles daran setzen, den Menschen, die sich impfen lassen könnten und es bisher nicht getan haben, noch die Zweifel zu nehmen. Denn wir wollen so viele Fälle von Patientinnen und Patienten, die auf unseren Intensivstationen behandelt, gar beatmet werden müssen, vermeiden wie möglich.

Im Moment scheinen wir die Pandemie einigermaßen im Griff zu haben – doch was der Herbst und Winter bringen würden, war uns vor einem Jahr auch nicht klar. Hoffen wir gemeinsam, dass die Prognose mehrerer namhafter Virologen, dass die Pandemie im kommenden Frühjahr zur Endemie – und damit beherrschbar – werden kann, eintrifft.

Ein guter Grund, den Blick einmal rundum schweifen zu lassen: Wo kommen wir her, wo wollen wir hin? Wie können wir, wie kann Oberhausen aus der Phase der Dynamik, in der wir waren und die Corona abgebremst hat, wieder in eine Phase der Beschleunigung kommen?

Lassen Sie mich dazu bei den Oberhausenerinnen und Oberhausenern beginnen, die am meisten für Dynamik und Vitalität stehen: die Kinder und Jugendlichen. Wohl keine andere größere Gruppe von Menschen ist durch die Pandemie so in ihrem Leben und ihrer Entwicklung beeinträchtigt worden wie die Jüngsten.

Noch ist ja gar nicht klar, welche Langzeitfolgen das haben wird, aber wir müssen versuchen, so viel wie irgend möglich auszugleichen – und ein wenig auch auf die Resilienz der Jungen und Mädchen hoffen. Ganz aktuell ist uns Förderung in Höhe von fast 1,8 Millionen Euro für das laufende und das kommende Haushaltsjahr aus dem „Aktionsprogramm

Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ bewilligt worden. Wir wollen mit der Hilfe der ohne Frage ebenfalls stark belasteten Pädagoginnen und Pädagogen alles tun, um Schülerinnen und Schülern, deren Ausbildung und Entwicklung besonders gelitten hat, beim Aufholen zu helfen.

Ertüchtigt werden sollen aber auch die Gebäude, in denen die Jungen und Mädchen lernen. Fast nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist uns so wichtig wie die Investitionen in die Bildungsinfrastruktur: 2021 sind es tatsächlich mehr als 30 Millionen Euro, da ist der Digitalpakt Schule noch gar nicht eingerechnet; fürs kommende Haushaltsjahr planen wir weitere 30 Millionen Euro Investitionen – zu einem großen Teil gefördert aus verschiedenen Töpfen.

Mit 23,5 Millionen Euro, ebenfalls zum größten Teil aus Fördermitteln, setzen wir aktuell schon den Digitalpakt Schule in Oberhausen um: Damit sind nicht nur bereits 6.000 Tablets und Laptops angeschafft worden, damit die Schülerinnen und Schüler zeitgemäß lernen und die Lehrkräfte den Unterricht gut vorbereiten können. Den größten Teil des Geldes investieren wir in die digitale Infrastruktur der Schulgebäude, in schnelles Internet in einem eigenen Glasfasernetz für die Schulen und in die W-LAN-Ausstattung. Was lange nur ein Desiderat war, kommt jetzt zügig voran.

Die digitale Ausstattung brauchen unsere jüngsten Mitbürgerinnen und Mitbürger noch nicht so dringend, wenn sie ihre Bildungskarriere starten. Dass sie die überhaupt starten können, ist aber ganz wichtig für ihre Chancen – und für uns als Gesellschaft.

Im laufenden Jahr werden in Oberhausen 756 zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen geschaffen, im kommenden werden nach den aktuellen Planungen weitere 785 hinzukommen. Hierfür engagieren sich neben der Stadt und den Kirchen mehrere private Träger und mit dem Oberhausener Unternehmen Gehring auch der erste Träger einer Betriebs-Kita.

Schon mit Leben erfüllt sind Einrichtungen etwa in Alstaden, Biefang und Schmachtdorf, Kitas unter anderen im Knappenviertel und in Sterkrade werden in den nächsten Wochen und Monaten fertig, und im kommenden Jahr werden Eltern ihre kleinen Kinder in neuen Einrichtungen etwa in Osterfeld, im Schladviertel und in Königshardt betreuen lassen können.

Während wir im Kindergartenjahr 2014/15 noch 6.307 Betreuungsplätze hatten, sind es aktuell im Kindergartenjahr 2021/22 8.481 Plätze – ein Plus von fast 35 Prozent. Es ist eine Pflichtaufgabe, meine Damen und Herren, eine Pflichtaufgabe, für die eben auch die Kommune viel Geld in die Hand nimmt – und die jeden Cent wert ist.

Keine gesetzliche Pflichtaufgabe, aber unsere Pflicht als Gemeinschaft ist es, Jugendliche und junge Erwachsene zu fördern, die aus Familien kommen, denen das nicht möglich ist: Auch hier geht es darum, Oberhausener Potenziale zu heben, die liegenzulassen wir uns nicht leisten können und wollen. Im neuen Oberhausener TalentKolleg Ruhr werden künftig talentierte junge Menschen auf dem Weg zur Entscheidung zu einem Ausbildungsweg oder der Hochschulzugangsberechtigung unterstützt. Denn junge Menschen zu fördern, mehr Bildungsgerechtigkeit zu schaffen, ist der Erfolg von Morgen — nicht nur für die jungen Frauen

und Männer, sondern auch für unsere Wirtschaft, die so dringend mehr Fachkräfte braucht.

Beim Thema Bildung haben wir aber ja noch mehr zu bieten: Das Zentrum für schulpraktische Bildung, dieses Seminar für die angehenden Lehrerinnen und Lehrer, wird mit seinem Umzug zur Marktstraße dreifach ein Gewinn sein: Es wird nicht nur ein Gebäude weniger leer stehen, sondern es wird auch noch attraktiv umgebaut. Und die Menschen, die dort noch mehr über das Lehren lernen, bringen mehr Publikum auf die Marktstraße. Der Mietvertrag ist gerade unterschrieben worden, der Umzug ist für Ende 2022 ins Auge gefasst.

Wir brauchen mehr Fachkräfte, verehrte Kolleginnen und Kollegen, in Oberhausen brauchen wir aber vor allem auch weitere Arbeitsplätze. Neben den bis zu 1.000 Jobs, die Edeka in die Stadt bringt, entstehen auch an anderen Stellen in unserer Stadt neue Stellen. Zum Beispiel im Gewerbepark Olga: Hier ist es unserer Wirtschaftsförderung gelungen, das gesamte Gelände zu entwickeln, und das in einem schönen und modernen Mix aus Wohnen und Arbeiten; 150 Arbeitsplätze sind jetzt dort beheimatet. Krönender Abschluss ist die Ansiedlung des Hauses der Grünen Verbände NRW, wo zwei bisher in Köln und Dortmund beheimatete Verbände mit 40 Arbeitsplätzen bei uns in Oberhausen zusammenziehen. Dieses Beispiel darf ruhig Schule machen!

Neue Jobs entstehen auch in der Neuen Mitte. Im Winter wird Topgolf seinen ersten Standort in Kontinentaleuropa eröffnen und damit das, was als größtes Urban Entertainment Center in Europa gilt, um sportlich-spielerische Unterhaltung zwischen Golf und Bowling ergänzen. Greenreb als Lizenzhalter investiert eine zweistellige Millionen-Summe in die größte

Topgolf-Anlage außerhalb der USA und will 450 Stellen schaffen. Außerdem in Planung: Karls Erlebnisdorf, das auf dem Gelände des ehemaligen Centroparks Freizeitvergnügen für Familien bieten will. Die Anziehungskraft der Neuen Mitte Oberhausen zu erhalten und weiter auszubauen, ist ja eben nicht nur für das Markteing unserer Stadt eine Bereicherung, sondern bringt Wertschöpfung und Arbeit nach Oberhausen.

Das tun wir zum Beispiel auch mit dem Update des Masterplans Neue Mitte, 25 Jahre nach der Eröffnung des Centro. Den Strukturwandel in geordnete Bahnen zu lenken ist eine Aufgabe für mehrere Generationen, soviel ist längst klar. Lassen Sie uns anerkennen, wie weit wir bereits gekommen sind — und zukunftsfähige Visionen entwickeln, mit der Hilfe von Fachleuten wie den Stadtplanern von AS+P mit ihrer weltweit anerkannten Expertise. Einer der wichtigsten Punkte im neuen Masterplan: Wir wollen mehr Wohnen in der Neuen Mitte etablieren, auf dem ehemaligen Newag-Gelände und dem östlichen Bereich des Stahlwerkgeländes: Dort sehen die Stadtplaner großes Potenzial für moderne, urbane Wohnquartiere mit viel Grün.

Und wir brauchen mehr zeitgemäßen Wohnraum in Oberhausen, meine Damen und Herren, das ist ja auch das Ergebnis unserer Wohnungsmarktstudie gewesen. Die Notwendigkeit sollte unstrittig sein, über das Ausmaß und die Vorgehensweise sind wir in diesem Gremium unterschiedlicher Ansicht. Doch wenn wir diese Stadt weiterentwickeln möchten — und auch dieses Ziel sollte unstrittig sein — müssen wir einen Weg finden. Wir müssen Menschen, die wie Sie und ich in Oberhausen leben wollen, die mit ihrem hart verdienten Geld hier ein Eigenheim bauen, also in diese Stadt investieren wollen, um dann hier Steuern zu zahlen,

genau das ermöglichen, verehrte Kolleginnen und Kollegen. Und ich bin sicher, dass wir diesen Nachbarinnen und Nachbarn ermöglichen können, ihren Traum in unserer Stadt zu verwirklichen – und gleichzeitig dem Klimawandel und der Klimafolgenanpassung Rechnung zu tragen.

Die Unwetterkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz im Juli hat uns alle, meine Damen und Herren, zutiefst erschüttert. Kaum jemand hätte sich vorstellen können, dass es in Deutschland in diesen Zeiten noch eine Naturkatastrophe mit 180 Todesopfern geben könnte. Unsere Nachbarn in Essen und Mülheim waren selbst betroffen, wir sind noch einmal davongekommen. Aber es steht außer Frage, dass wir auch für Oberhausen Pläne entwickeln müssen, wie wir die Stadt für derartige Ereignisse in der Zukunft widerstandsfähig machen.

Einen Beitrag werden nach der Inbetriebnahme des deutschlandweit größten Pumpwerks die Emscherauen leisten, zu denen die Emschergenossenschaft unseren Holtener Bruch umbauen wird. Die Aue wird mit einem 30 Hektar großen Rückhalteraum das Hochwassermanagement verbessern und hat das Potenzial, nicht nur Oberhausen, sondern auch andere Städte der Region vor Flutschäden zu schützen. Zumindest das Mikroklima positiv beeinflussen – und Regenwasser speichern – können die begrünten Dächer von GMVA und EVO, aber auch des Elsa-Brändström-Gymnasiums und der Hartmannschule: Ich bin sicher, dass wir in dem Bereich noch viele Möglichkeiten haben, die wir nun zügig angehen und umsetzen sollten.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie merken schon: Ich könnte noch deutlich länger über Dinge sprechen, die gut laufen in Oberhausen. Könnte berichten, wie die Verwaltung sich intern weiterentwickelt, von der

Neuordnung von OGM zu SBO, über das Erarbeiten eines sinnvollen Immobilienkonzeptes und der Einrichtung und baldigen Eröffnung unseres neuen Sozialrathauses an der Essener Straße bis zu der Wiedereinrichtung eines Technischen Dezernates, über dessen Besetzung Sie gleich entscheiden werden...

Und dazu müsste ich eigentlich noch ausführlicher eingehen auf

- die Sicherheit: Nachdem wir 2020 das Haus des Jugendrechts eingerichtet haben, eines von wenigen in NRW, konnten wir jetzt die Gemeinsame Anlaufstelle von Polizei und Kommunalem Ordnungsdienst eröffnen. Polizei und KOD sind jetzt gemeinsam vor Ort, sichtbar und ansprechbar, falls Menschen Sorgen haben — auch das ist ein Gewinn für die Marktstraße
- das Soziale: Hier möchte ich stellvertretend nur den nagelneuen Bau des Louise-Schroeder-Heims nennen, die zurzeit sicher modernste Senioreneinrichtung der Stadt
- den Sport: zum Beispiel die deutschlandweit erste „Sportkirche“, die im ehemaligen Osterfelder Gotteshaus St. Josef/Heide entstehen wird, Kindern und Jugendlichen ein in dieser Form einzigartiges Bewegungsangebot machen soll
- und die Kultur: Nach jahrzentelangem Instandhaltungsrückstau gehen wir es jetzt an, das 100 Jahre alte Gebäude unserer Oberhausener Bühne so zu ertüchtigen, dass wir uns dort noch viele Jahrzehnte unterhalten, bilden, berühren lassen können.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, auch wenn es mich tatsächlich sehr freut, wenn in unserer Stadt Dinge gut funktionieren, geht es mir bei dieser Betrachtung der Lage in Oberhausen im zweiten Jahr der Corona-

Pandemie nicht darum, uns als die quasi organisierte Stadt Oberhausen, den Rat, die Verwaltung oder gar mich selbst zu beweihträuchern. Die Stadt ist ein großes Unternehmen, dort arbeiten Menschen — selbstverständlich passieren auch Fehler, könnte manches besser laufen. Es geht mir vielmehr darum, uns allen eines klarer zu machen: Dass die Lage eben nicht desolat ist.

Wir haben viele Probleme, keine Frage. Deshalb können, ja, sollten unsere Erfolge uns ein Ansporn sein, mehr zu versuchen. Ich bin sicher, dass wir noch mehr bewegen können, wenn wir daran glauben. Wenn wir kreativ sind, zusammenarbeiten und uns nicht bremsen lassen von schwierigen Gegebenheiten.

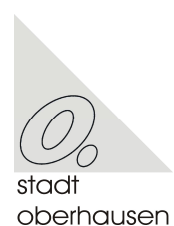
Das muss unsere Stadt,
das müssen uns die Menschen, die hier leben,
das müssen wir uns wert sein.

Glückauf!

Mittendrin in der Corona-Finanzkrise

- Rede des Stadtkämmerers zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2022 -

Apostolos Tsalastras, Stadtkämmerer
Dezernat 1
Finanzen und Kultur
20. September 2021



Ausgangslage

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder, sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der Medien, liebe Gäste,

als wir den Haushalt 2021 dem Rat vorgelegt haben, hatte ich noch vor der aufziehenden Corona-Finanzkrise gewarnt. Jetzt sind wir mittendrin! In 2020 gelang mit einem positiven Ergebnis von 2,9 Mio. € trotz der Corona-Krise ein ausgeglichener Haushalt. Dies konnte jedoch nur gelingen, weil für die Gewerbesteuerausfälle 32,4 Mio. € jeweils hälftig durch Bund und Land erstattet wurden und zusätzliche 23,6 Mio. € zur Unterstützung in der Corona-Krise aus dem Stärkungspakt ausgeschüttet wurden. Diese Mittel haben erheblich dazu beigetragen, dass der Haushalt ausgeglichen werden konnte.

Für das laufende Jahr 2021 und den Haushalt 2022, den ich heute hier einbringe, sieht das gänzlich anders aus. Statt finanzieller Unterstützung hat die Landesregierung das Instrument der COVID-Isolierung eingerichtet. Dabei geht es darum die finanziellen Schäden, die die COVID-Krise im Haushalt angerichtet hat zu identifizieren und diese mit einem fiktiven Ertrag auszugleichen. Im Prinzip wird hierdurch eine weitere Neuverschuldung in Kauf genommen, um die Kommunen durch genehmigte Haushalte in der Krise handlungsfähig zu halten. Die Belastung wird für finanzschwache Kommunen auf zukünftige Generationen verlagert, da dieser fiktive Ertrag ab 2025 über 50 Jahre abgeschrieben und damit refinanziert werden soll. Da wir 2021 und 2022 eine COVID-Isolierung in Höhe von insgesamt 132,9 Mio. € eingeplant haben, bedeutet dies eine jährliche Belastung des Haushalts von 2,7 Mio. € jährlich für die nächsten 50 Jahre. Finanziell starke Kommunen, die über ausreichend Eigenkapital verfügen, können hingegen die COVID-Isolierung im Jahr 2025 mit dem Eigenkapital verrechnen. Dies ist unserer Stadt aufgrund des negativen Eigenkapitals leider nicht möglich.

COVID-Isolierung 2022: 57,7 Mio. €

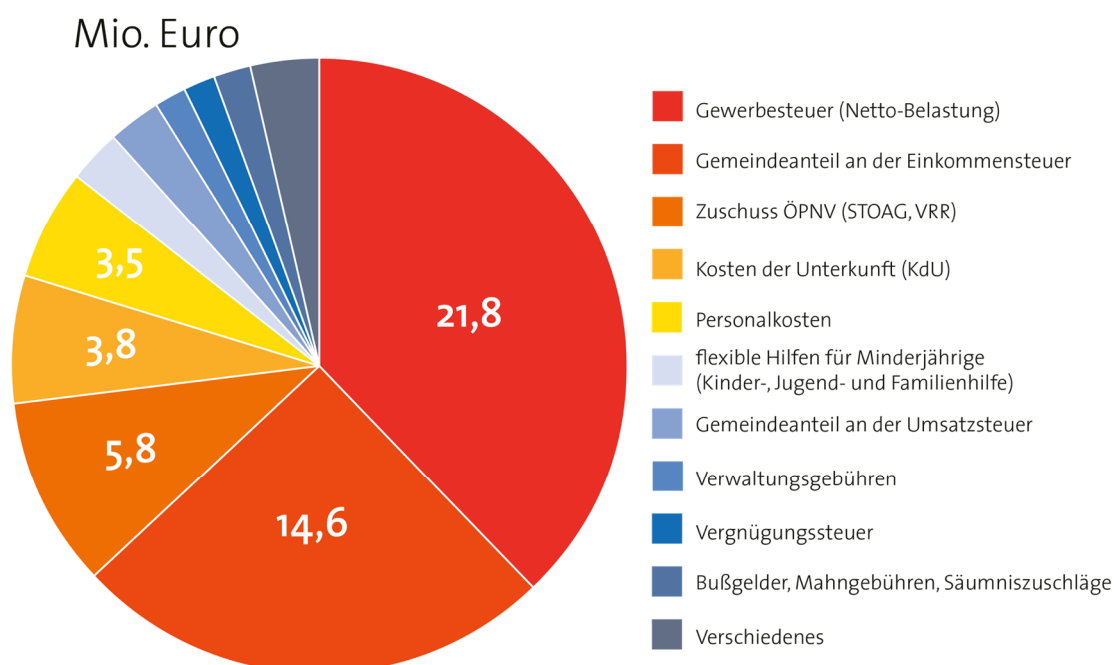


Abbildung 1: Isolierung der Corona-Schäden für das Jahr 2022 nach dem Gesetz zur Isolierung der aus der COVID-19-Pandemie folgenden Belastungen der kommunalen Haushalte im Land NRW (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz-NKF-CIG) - Stadt Oberhausen, Dezernat 1/ Finanzen und Kultur, Stand: 20.09.2021

Neben der COVID-Isolierung hat sich die Landesregierung ein weiteres neues Instrument ausgedacht: die „kreditierte Aufstockung der Verbundmasse im GFG“. Hier wird die Verbundmasse, also die Mittel, die im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) verteilt werden, aufgestockt auf den Betrag, der sich wahrscheinlich ohne Corona-Krise ergeben hätte. Soweit eine wunderbare Unterstützung, wenn diese Mittel nicht in der Zukunft („wenn es den Kommunen finanziell wieder besser geht“ - so die Landesregierung) wieder von der Verbundmasse abgezogen werden würden. Damit wird auch hier die Belastung in die Zukunft verlagert. Für Oberhausen sind dies 34,6 Mio. €. Diese Maßnahme ist so wie sie umgesetzt wird unnötig, da aufgrund der COVID-Isolierung rechtlich die Möglichkeit zur Kreditaufnahme in Höhe der Corona-Schäden auf dem Markt besteht. Und die Konditionen dort sind aktuell unschlagbar gut. Keiner weiß wie die Situation zu dem Zeitpunkt auf dem Kapitalmarkt sein wird, wenn die Landesregierung sich die Aufstockung wieder zurückzahlen lässt. Außerdem werden die Mittel dann dringend zur Sicherstellung des Haushaltsausgleichs benötigt.

Als ob die Corona-Krise nicht schon genug Probleme bereitet, hat die Landesregierung sukzessive strukturelle Veränderungen in das GFG eingeführt, um den wirtschaftlich stärkeren kreisangehörigen Raum NRWs finanziell zu unterstützen. Dies allerdings auf Kosten der kreisfreien Städte und hier insbesondere der finanziell schwachen. Vor drei Jahren hat die Landesregierung die Aufwands- und Unterhaltungspauschale eingeführt, die alle Kommunen unabhängig von ihrer Finanzkraft bekommen, so auch Monheim und Düsseldorf. Diese wird immer weiter überproportional aufgestockt und entzieht den ärmeren Kommunen die einst für sie zugedachten Mittel. Auch wurde schon vor Jahren durch die Verwendung eines neuen Statistikverfahrens der Soziallastenansatz im GFG geschwächt.

Im neuen GFG für das Jahr 2022 steht die rechtlich vorgeschriebene Grunddaten Anpassung an. Hier wird die Verteilung der Mittel an die aktuellen Bedarfe angepasst, indem für die Verteilung die aktualisierten statistischen Daten verwendet werden. Diese Anpassung wird aber nur zur Hälfte umgesetzt, obwohl sie die strukturschwachen Kommunen stärkt.

Die Krönung des Ganzen ist aber die Einführung differenzierter fiktiver Hebesätze. Was heißt das? Im Rahmen des GFG wird die Steuerkraft nicht anhand der realen Steuereinnahmen berechnet, weil die Kommunen unterschiedliche Hebesätze haben. Die Steuererträge werden auf einen, für alle gleichen, Hebesatz heruntergerechnet, um die Vergleichbarkeit herstellen und die Steuerkraft feststellen zu können. Die Landesregierung hat jetzt im GFG 2022 festgelegt, dass kreisfreie Städte wie Oberhausen einen höheren fiktiven Hebesatz haben sollen als kreisangehörige Gemeinden. Damit werden kreisfreie Städte – auch Oberhausen – im Vergleich zu kreisangehörigen Städten reicher gerechnet als sie sind. Uns kostet diese Maßnahme aktuell „nur“ 1,9 Mio. €, aber sie ist ja nur zur Hälfte umgesetzt worden und die nächste Stufe soll nächstes Jahr kommen. Dann wären es bereits 3,8 Mio. €. Mit dieser Maßnahme wird das Tor für weitere strukturelle Verschlechterungen sperrangelweit aufgestoßen. Das allein ist schon ärgerlich. Wirklich verärgert wird man jedoch, wenn man sich die Begründung für diese Maßnahme zu Gemüte führt. Die kreisfreien Städte bekommen höhere fiktive Hebesätze zugeordnet, weil sie statistisch höhere Hebesätze als kreisangehörige Kommunen haben und dass dies eine Frage der Rechtsform wäre. Diese wissenschaftlich ziemlich unhaltbare Begründung suggeriert, dass wir unsere Bürger*innen ohne ersichtlichen Grund einfach höher belasten als der kreisfreie Raum. Hier wird auf sehr ärgerliche Art und Weise ignoriert, dass wir deshalb so hohe Steuerhebesätze haben, weil wir aus der Finanznot dazu gezwungen sind und von der Landesregierung sogar aufgefordert werden unsere schwierige finanzielle Lage durch höhere Steuersätze aufzubessern. Dafür werden wir jetzt sogar bestraft.

Den kreisfreien Städten des Ruhrgebiets werden dadurch in 2022 ca. 43 Mio. € entzogen, bei Umsetzung der 2. Stufe über 80 Mio. und das jährlich. Das ist ein Vielfaches von dem, was über die Projekte der Ruhrkonferenz zurück ins Ruhrgebiet fließen soll.

Für Oberhausen wird auch die Nachfolgeregelung zum Stärkungspakt, der zum 31.12.2021 ausläuft, schwierig. Hier legt die Landesregierung fest, dass Kommunen mit negativem Eigenkapital, zu denen Oberhausen ja bekanntlich gehört, verpflichtet werden, ein Haushaltskonsolidierungskonzept (HSK) vorzulegen - auch wenn sie einen ausgeglichenen Haushalt haben. Kann der Haushalt nicht ausgeglichen werden, wird das HSK nur anerkannt, wenn in der mittelfristigen Finanzplanung der Haushalt im Durchschnitt ausgeglichen ist. Das bedeutet, dass dann kein genehmigtes HSK vorliegt und die vorläufige Haushaltsführung droht - der berühmte Nothaushalt. Was das im Einzelnen für Oberhausen heißt, erläutere ich später im Rahmen des Ausblicks.

Der Haushalt 2022

Bei allen strukturellen Problemen, dem sich verschlechternden rechtlichen Rahmen und den Corona-Auswirkungen bringen wir aufgrund der Corona-Isolierung einen formal ausgeglichenen Haushalt 2022 ein. Im Entwurf finden Sie ein positives Ergebnis in Höhe von 294.470,- €, was wahrlich nicht mehr ist, als die berühmte schwarze Null. Rein aus der Ertragslage und dem ordentlichen Aufwand ergibt sich ein reales Defizit von 34 Mio. €, das noch durch die Finanzierungskosten um 23,4 Mio. € auf 57,4 Mio. € erhöht wird. Das positive Gesamtergebnis kommt nur durch die oben erläuterte COVID-Isolierung zustande, die uns einen fiktiven Ertrag von 57,7 Mio. € verbuchen lässt.

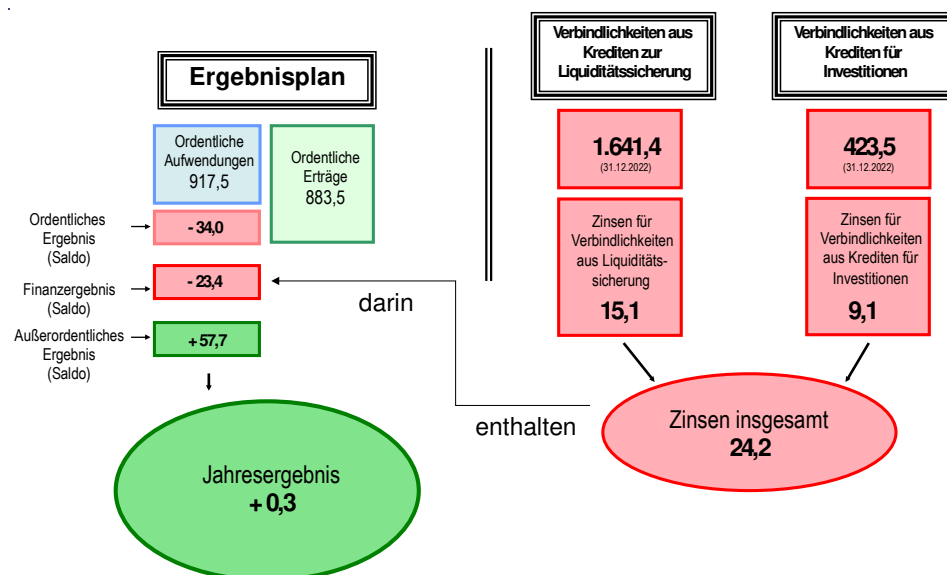


Abbildung 2: Ergebnisplan Haushaltsplanentwurf 2022, Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

Größtes augenblickliches Problem für den Haushalt ist die Corona-bedingte ökonomische Krise, die sich massiv auf die gesamtstaatlichen Steuereinnahmen auswirkt. Bei der Gewerbesteuer haben wir bereits im Jahr 2020 einen massiven Einbruch von über 40 Mio. € im Vergleich zur mittelfristigen Planung festgestellt. Diesen massiven Einbruch werden wir so schnell nicht wieder aufholen können. Aktuell rechnen wir damit, dass wir den Stand der Gewerbesteuer auf dem Vor-Corona-Niveau erst im Jahr 2023 erreichen. Was aber immer noch ein geringerer Betrag ist, als das, was wir in der mittelfristigen Ergebnisplanung vorgesehen hatten. Für das Jahr 2021 sind im Haushalt 82,5 Mio. € eingeplant und für den Haushaltsplanentwurf 2022 91 Mio. €. Ob diese Erträge erreicht werden können, hängt sehr stark von der ökonomischen Entwicklung ab, die im Moment nicht so vielversprechend aussieht, wie von den Wirtschaftsforschungsinstituten zu Beginn des Jahres angenommen.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer gehen die Prognosen davon aus, dass in 2022 bereits das Vorkrisenniveau erreicht werden kann. Dies haben wir jetzt zwar genauso eingeplant, aber auch hier sind wir skeptisch, ob die Krise nicht viel länger und intensiver wirkt als viele annehmen.

Besser sähe es mit den Schlüsselzuweisungen aus, wäre ihr Anstieg nicht kreditiert und keine Rückzahlung in der Zukunft notwendig. Aktuell stabilisieren diese zusätzlichen Mittel unsere Einnahmen - auch wenn sie nicht wirklich Erträge, sondern eher Verbindlichkeiten darstellen.

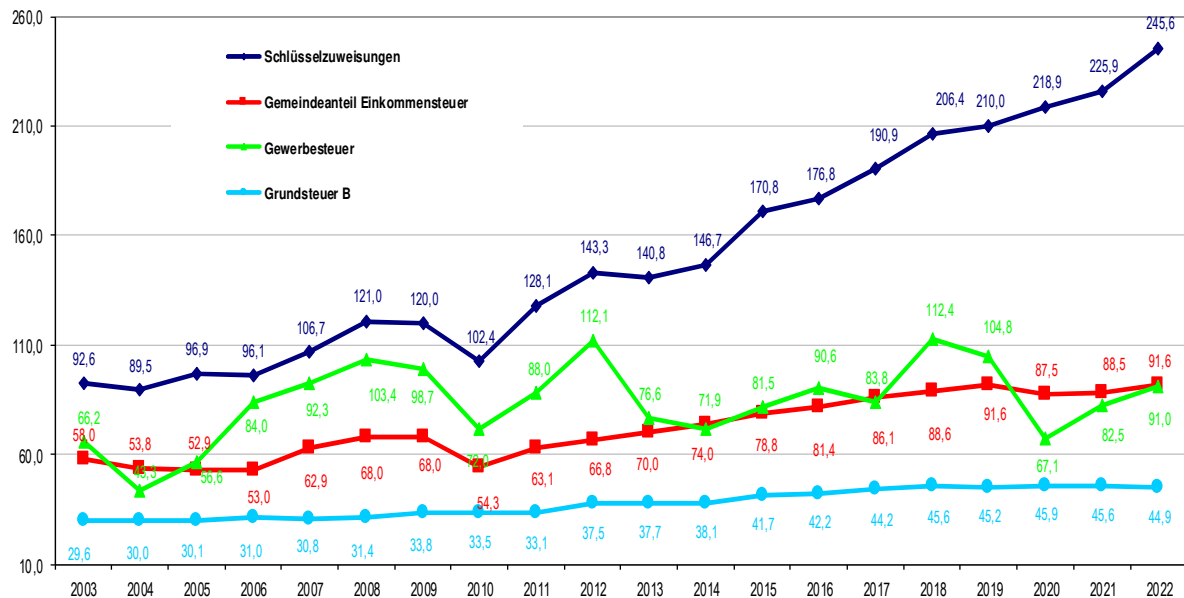


Abbildung 3: Entwicklung ausgewählter Ertragsarten gem. Haushaltsentwurf 2022 (2003-2020 RE / 2021 gem. Haushaltsplan 2021 / 2022 gem. Haushaltsplanentwurf 2022), Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

Beim Aufwand hat sich in der Struktur nicht viel verändert. Nach wie vor bilden die sozialen Leistungen (PB05, PB06 und PB07) den größten Anteil an unserem Haushalt (über 40%), auch wenn uns die erhöhte Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft (KdU) im SGBII erheblich hilft. Wir gehen von einer Erstattung des Bundes in Höhe von insgesamt 49,4 Mio. € aus, was ein Mehrertrag zum Jahresergebnis von 2019 in Höhe von 23,4 Mio. € bedeutet.

Doch auch die Personalausgaben der letzten Jahre machen mir erhebliche Sorgen. Refinanzierte Personalkosten, die durch Fördermittel, Mehrerträge oder Einsparungen gedeckt sind, sind völlig unproblematisch. Mehrbedarf in pflichtigen Bereichen und erhöhte Ausbildungskosten lassen sich sehr gut vertreten – auch, wenn sie uns natürlich belasten. Dennoch gingen die Personalkosten in den letzten Jahren erheblich in die Höhe und wir müssen den Aufwand, intensiv analysieren und Maßnahmen entwickeln, die den Personalkostenaufwuchs bremsen. Auch der permanente Anstieg der Pensionsrückstellungen belastet unseren Haushalt enorm, da er in direktem Zusammenhang mit den Personalentscheidungen im Beamtenbereich steht. Dabei gilt es sicherlich auch den Personalmehrbedarf durch die Corona-Krise rauszurechnen und nach der Krise wieder zurückzufahren.

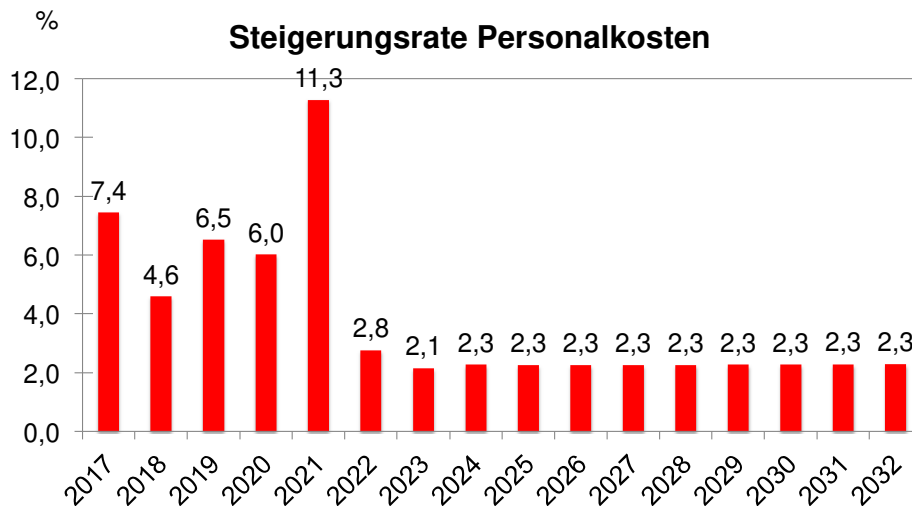


Abbildung 4: Steigerungsrate Personalkosten (Beamtenbezüge, tariflich Beschäftigte und Honorare) gem. Haushaltsplanentwurf 2022 (2017-2020 RE / 2021 gem. Haushaltsplan 2021 / 2022-2025 gem. Haushaltsplanentwurf 2022 / 2026-2032 gem. Prognose), Stadt Oberhausen, Dezernat 1/ Finanzen und Kultur

Insgesamt bleiben wir, was die Entwicklung des ordentlichen Aufwandes angeht, im Vergleich zur Haushaltsplanung 2021 in einem vertretbaren Rahmen, der sich bei einem Anstieg von 2,1% bewegt. Bei weiter zurückbleibenden Steuererträgen führt dies aber zu weiter steigenden Defiziten.

Bei den Investitionen weisen wir wieder mit 115,6 Mio. € einen ziemlich hohen Betrag aus, der uns helfen würde, den Investitionsstau in Oberhausen abzubauen. Dennoch gilt es festzuhalten, dass wir diese Investitionen nicht aus eigener Kraft finanziert bekommen. Ca. 60% der Investitionen sind kreditfinanziert. Bisher konnten wir der Bezirksregierung immer den erhöhten Investitionsbedarf nachweisen, und eine Genehmigung für die Investitionsverschuldung bekommen. Dass wir 27,5% der Investitionen über Fördermittel finanzieren, zeigt, welche Bedeutung Fördermittel für unseren Investitionshaushalt haben und in Zukunft noch verstärkter haben werden. Lediglich 13,9 Mio. € werden aus der Investitionspauschale und Verkäufen refinanziert.

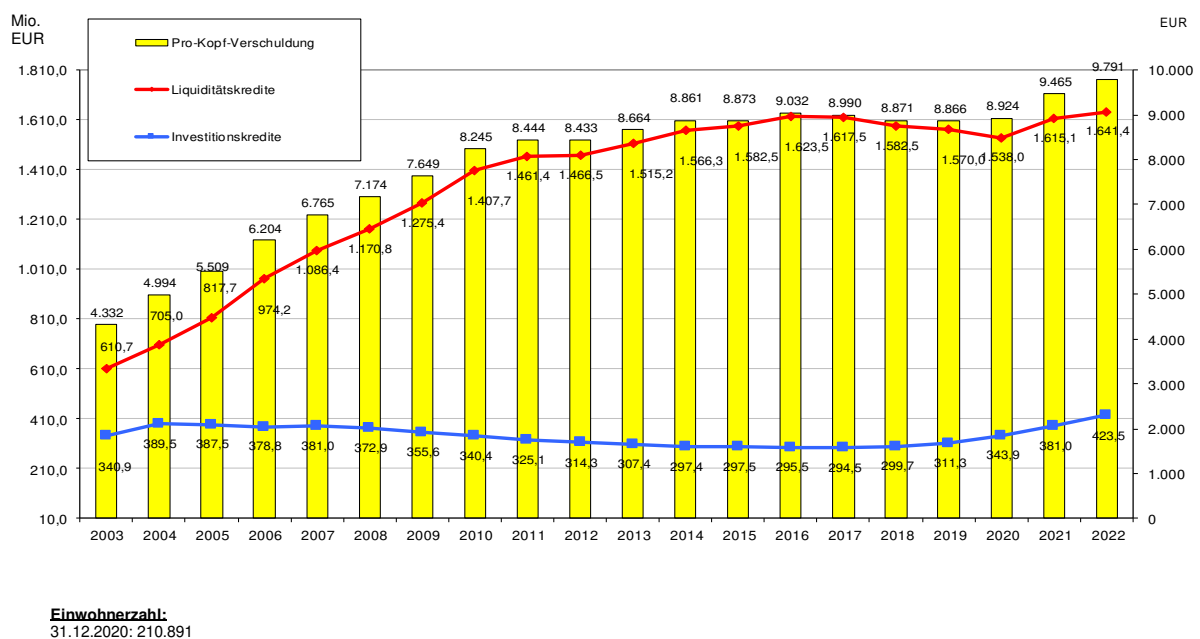


Abbildung 5: Entwicklung Verschuldung gem. Haushaltsplanentwurf 2022 (2003-2020 RE / 2021 gem. Haushaltsplan 2021 / 2022 gem. Haushaltsplanentwurf 2022), Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

Die Defizite des ordentlichen Haushalts und die kreditfinanzierten Investitionen führen zu einer Gesamtverschuldung von 2,06 Mrd. €, und einer Pro-Kopf-Verschuldung von 9.791 €. Damit hätten wir zum ersten Mal die 2-Mrd.-Marke überschritten.

Dies zeigt deutlich, wie die Krise auf die Oberhausener Finanzen wirkt und dass Kommunen, die schon außerhalb von Krisenzeiten aufgrund ihrer schwierigen Finanzsituation nur mit großen Kraftanstrengungen ausgeglichene Haushalte erreichen können, besonders anfällig und wenig krisenresilient sind. Ohne Unterstützung von Bund und Land können wir solche Krisen nicht überstehen, geschweige denn langfristig aus eigener Kraft unsere Verschuldung abbauen.

HSK-Leitplanken

Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich auf die rechtliche Verpflichtung hingewiesen, ein HSK aufstellen zu müssen. Doch auch die Finanzkrise, die Entwicklung der Haushalts-Verschuldung und die ausbleibenden Unterstützungsleistungen der übergeordneten staatlichen Ebenen machen deutlich, wie notwendig ein weiterer Konsolidierungskurs ist. Für die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2022 werden wir ein HSK auflegen, das folgende Leitplanken enthalten wird.

- Die Personalkosten – dabei sind die Beamtenbezüge, die tariflich Beschäftigten und die Honorare gemeint – sollen nicht mehr als 2,5% ansteigen. Die Pensionsrückstellungen werden dabei nicht berücksichtigt, da sie automatisiert von der Hessler-Software kalkuliert und berechnet werden. Die Ausbildungskosten sollen ebenso separat erfasst werden, da sie Vorsorge vor der demografischen Entwicklung in der Verwaltung bedeuten.
- Die IT-Kosten sollen ab 2023 nicht mehr als 1% steigen. Damit wird das aktuell hohe Niveau stabilisiert. Dies betrifft nicht die Investitionsausgaben, sondern nur den konsumtiven Haushalt.
- Die Sozialleistungen (PB05, PB06 und PB07) sollen nicht mehr als 2% ansteigen. Dabei ist uns sehr wohl bewusst, dass rechtliche Verpflichtungen eine solche Zielvorgabe sehr schnell konterkarieren können. Es bleibt aber auch notwendig die Leistungserbringung regelmäßig zu überprüfen.
- Alle anderen konsumtiven Aufwendungen sollen ab 2023 gedeckelt werden. Für die städtischen Töchter im Konzern Stadt werden individuelle Regelungen über die Zuschussentwicklung und die Ausschüttungen getroffen.

Ausblick

Dass ein Haushaltssanierungskonzept erforderlich ist, zeigen insbesondere die Prognosen für die nächsten Jahre. Im Jahr 2023 endet auch die Möglichkeit der Corona-Isolierung, so dass die Haushalte ohne Unterstützungsleistungen und ohne Buchungshilfen aufgestellt werden müssen. Die in der mittelfristigen Ergebnisplanung gemachten Ertragsplanungen sehen einen Aufholprozess nach der Corona-Krise vor. Für die Gewerbesteuer haben wir geplant, dass wir im Jahr 2023 wieder den Stand von 2019, dem Jahr vor der Krise erreichen. Dabei stützen wir uns auf die Prognosen des Städtetags und der eigenen Erkenntnis, dass die Corona-Krise, die einzelnen Städte sehr unterschiedlich getroffen hat.

Mio. EUR

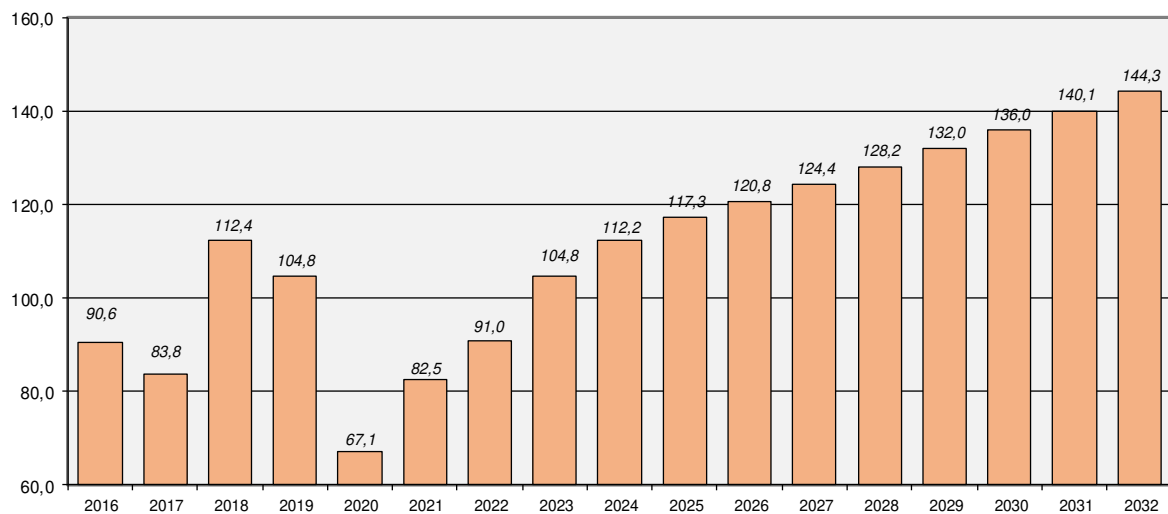


Abbildung 6: Entwicklung der Gewerbesteuer gem. Haushaltsplanentwurf 2022 (2016-2020 RE / 2021 gem. Haushaltsplan 2021 / 2022-2025 gem. Haushaltsplanentwurf 2022 / 2026 - 2032 gem. Prognose), Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

Während wir in Oberhausen in 2020 etwa 40% unserer Gewerbesteuererträge eingebüßt haben, waren die Verluste in manch anderen Kommunen wesentlich geringer oder kaum spürbar. Das bedeutet aber auch, dass unser Aufholungsprozess individuell anders sein wird als in anderen Kommunen.

Dies gilt auch für die anderen steuerähnlichen Erträge. Auch bei den Schlüsselzuweisungen im GFG werden wir den verloren gegangenen Erträgen hinterherlaufen. Dabei sind bei den Prognosen noch nicht mal die strukturellen Veränderungen im GFG berücksichtigt und auch noch nicht die kreditierte Aufstockung, die in den Folgejahren irgendwann zurückfließen soll.

Mio. EUR

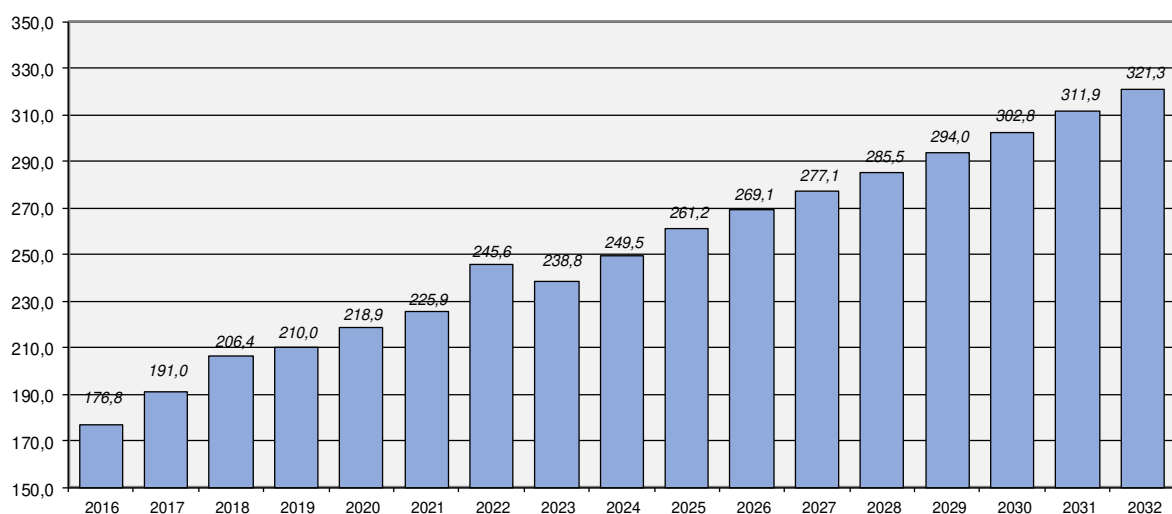


Abbildung 7: Entwicklung der Schlüsselzuweisungen gem. Haushaltsplanentwurf 2022 (2016-2020 RE / 2021 gem. Haushaltsplan 2021 / 2022-2025 gem. Haushaltsplanentwurf 2022 / 2026 - 2032 gem. Prognose), Stadt Oberhausen, Bereich 1-1/Finanzen

Insgesamt sind die Ertragsprognosen recht optimistisch getroffen, in der Hoffnung, dass die Krise nach ihrer Überwindung wieder einen starken Wirtschaftsaufschwung zulässt.

Demgegenüber haben wir die Entwicklung der Aufwendungen des Haushalts als zumindest stabil prognostiziert. Trotzdem entwickeln sich die zukünftigen Haushaltsergebnisse extrem problematisch und die Prognosen weisen nach aktuellem Stand ohne weitere Unterstützungen aus Bund und Land und auch ohne weitere eigene Konsolidierungsmaßnahmen erst wieder einen ausgeglichenen Haushalt in 2031 aus. Sicherlich sind Prognosen immer unsichere Aussagen, aber so wie wir unsere Annahmen getroffen haben, ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass es eher noch schwieriger wird. Eine solche stabile wirtschaftliche Entwicklung wie wir sie prognostizieren, sieht keine weiteren Krisen in den nächsten 10 Jahren vor.

Der Aufholungsprozess und der Weg aus der Corona-Finanzkrise werden ohne Unterstützung von Bund und Land mühsam und lang. Aktuell gehen wir von einem Defizit im Jahre 2023 in Höhe von fast 60 Mio. € aus, das sich jährlich reduziert, bis wir in 2031 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können.

Haushaltsplanentwurf – mit und ohne Coronaisolierung

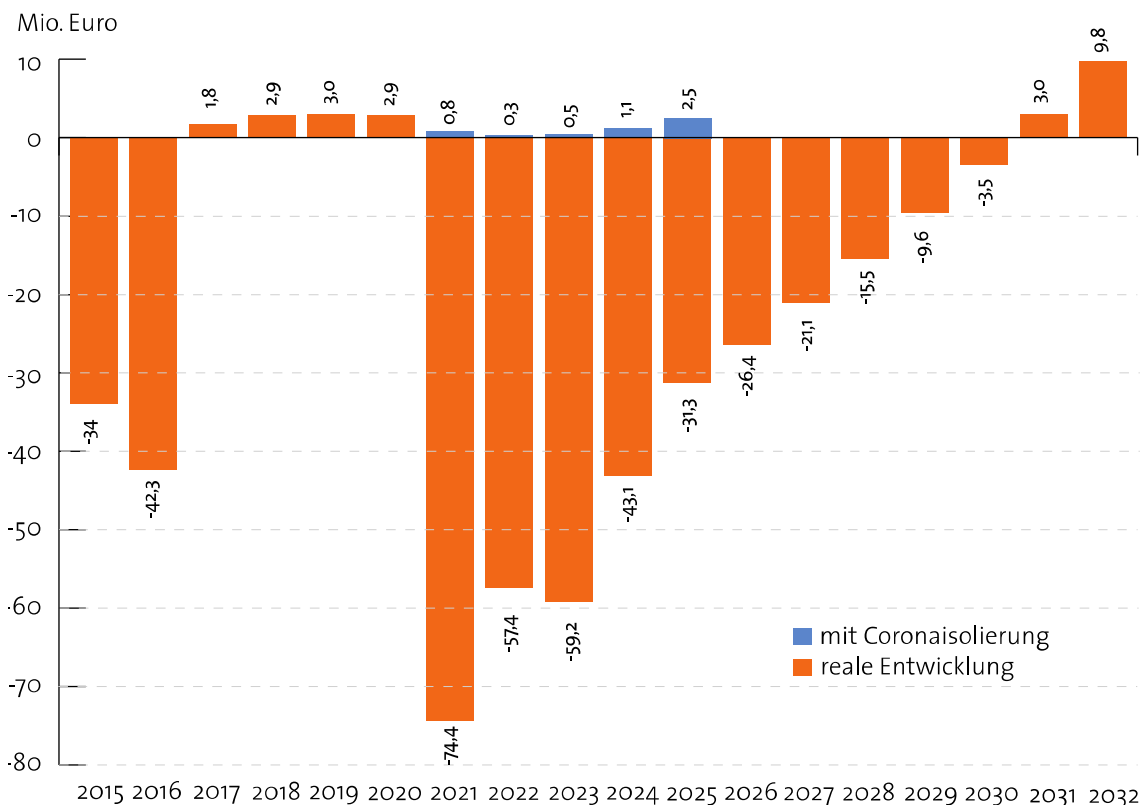


Abbildung 8: Ergebnisplanentwicklung gem. Haushaltsplanentwurf 2022 (2017-2020 RE / 2021 gem. Haushaltsplan 2021 / 2022-2025 gem. Haushaltsplanentwurf 2022 / 2026-2032 gem. Prognose), Stadt Oberhausen, Dezernat 1/ Finanzen und Kultur

Wenn die prognostizierte Entwicklung so eintritt, rechnen wir mit weiteren neuen Liquiditätskrediten bis 2030 in Höhe von etwa 170 Mio. €. Damit würden wir sogar ohne die Investitionskredite nahe an die 2 Mrd. € Marke kommen und insgesamt 2,25 Mrd. € Gesamtverschuldung aufgetürmt haben. Dies entspräche dann einer Pro-Kopf-Verschuldung von fast 10.700 €. Statt einer Lösung des Altschuldenproblems bewegen wir uns immer tiefer in die Schuldenspirale und gehen auf eine Situation zu, die vor dem Stärkungspakt als Vergeblichkeitsfalle bezeichnet wurde.

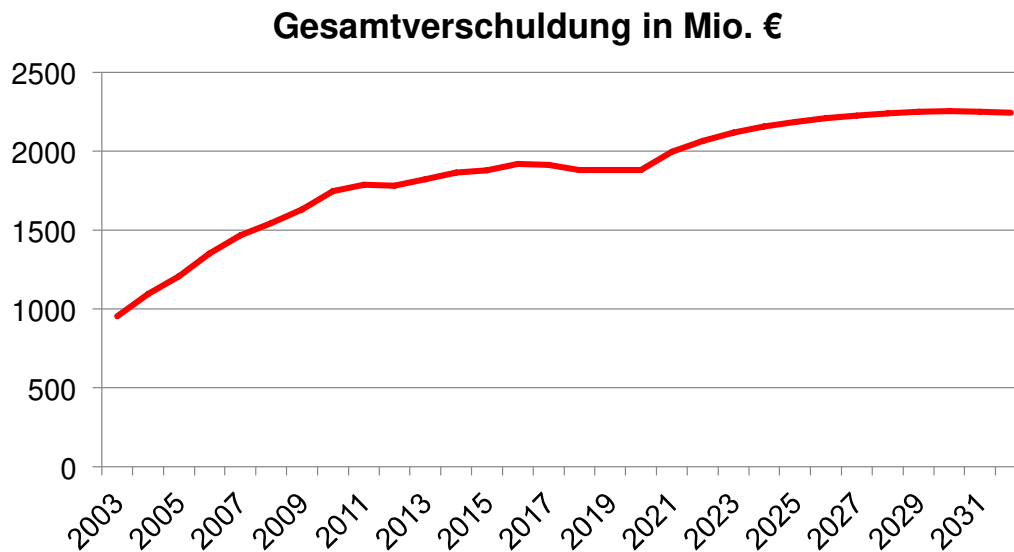


Abbildung 9: Entwicklung der Gesamtverschuldung gem. Haushaltsentwurf 2022 (2003-2020 RE / 2021 gem. Haushaltsplan 2021 / 2022 gem. Haushaltsplanentwurf 2022 / 2023-2032 Prognose), Stadt Oberhausen, Dezernat 1

Was bedeutet die Haushaltsentwicklung aus der Prognose jetzt für unsere Handlungsfähigkeit? Sie wird geprägt von den finanziellen Möglichkeiten und den rechtlichen Rahmenbedingungen. Wie zu Beginn dargestellt, hat die Landesregierung für den Stärkungspakt eine Nachfolgeregelung getroffen, die für Kommunen mit negativem Eigenkapital vorsieht, dass das verpflichtende HSK mittelfristig im Durchschnitt ausgeglichen sein muss. Andernfalls ist es nicht genehmigungsfähig. Wenn man sich die Prognosedaten anschaut, dann bedeutet das keine genehmigten Haushalte ab 2023 bis einschließlich 2028, wenn keine weiteren Konsolidierungsmaßnahmen erfolgen bzw. Unterstützungsleistungen von Bund und Land ausbleiben. Erst ab 2029 könnte der mittelfristige Ausgleich gerade so eben dargestellt werden und ein genehmigungsfähiges HSK vorgelegt werden.

Kann das HSK nicht genehmigt werden, befindet sich die Kommune in der vorläufigen Haushaltsführung nach § 82 GO NRW - dem sogenannten Nothaushalt. Das bedeutet, dass nur noch Aufwendungen getätigt werden dürfen, zu denen eine rechtliche Verpflichtung besteht, oder wenn Gefahr im Verzug besteht. Erlaubt ist auch die Weiterführung notwendiger Aufgaben, die unaufschiebbar sind. Nicht erlaubt sind zusätzliche neue freiwillige Aufgaben, auch nicht, wenn sie kompensiert werden. Bei den Personalkosten drohen konkrete festgelegte Entwicklungs- und Beförderungskorridore, was schon früher zu unhaltbaren Beförderungsstaus geführt hat und die Attraktivität einer Anstellung bei der Stadtverwaltung erheblich verringert. Auch die Investitionsmöglichkeiten werden im Nothaushalt erheblich reduziert. Eine Finanzierung von Investitionen durch Kredite ist in der Regel ausgeschlossen und Investitionen sollen nur in pflichtigen Bereichen getätigt werden bzw. bei Gefahr in Verzug.

Eine solche Entwicklung bedeutet im Prinzip Stillstand, schränkt die Zukunftsfähigkeit der Kommune massiv ein und öffnet die Schere zwischen reichen und armen Kommunen immer weiter.

Für den aktuellen Haushalt haben wir mit den Leitplanken zum HSK den Grundstein für die Stabilisierung des Haushalts gelegt. Ich befürchte aber, dass ab 2023 und in den darauffolgenden Jahren weitere Konsolidierungsentscheidungen zu treffen sein werden.

Notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Finanzkrise

Damit eine solche Entwicklung nicht eintritt bzw. einigermaßen abgefangen werden kann, bedarf es kurzfristiger und langfristiger Maßnahmen zur Stabilisierung der kommunalen Finanzsituation.

- Es ist dringend geboten die Steuerausfälle, insbesondere die Gewerbesteuer ausfälle, aufgrund der Corona-Krise in den Jahren 2021-2023 auszugleichen, um den größten Schaden abzuwenden.
- Natürlich müssen wir auch weiterhin einen konsequenten Konsolidierungskurs halten, auch wenn die Möglichkeiten weiterer Maßnahmen nur sehr begrenzt sind und nicht zu einer Attraktivitätssteigerung unserer Stadt beitragen werden.
- Die Mittel im GFG (Verbundmasse) müssen dauerhaft aufgestockt werden, damit die Finanzmittel aufgabengerecht zwischen Land und Kommune verteilt werden. Die kreditierten Mittel, die in der Corona-Krise zur Verfügung gestellt worden sind, müssen aus dem Stabilitätsfonds des Landes finanziert und dürfen nicht von den Kommunen wieder zurückgefordert werden.
- Zur Sicherung der Investitionsfähigkeit und Bewältigung der Zukunftsaufgaben muss ein Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen eingerichtet werden.
- Langfristig bedarf es einer besseren Verteilung der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen für die Kommunen. Hier bietet sich an, zusätzliche Mittel aus dem Umsatzsteuer aufkommen an die Kommunen weiterzuleiten, die aber nicht wie bisher nach Wirtschaftskraft verteilt werden, sondern nach Finanzschwäche.
- Last but not least bedarf es einer Altschuldenlösung, damit die überschuldeten Kommunen, die Lasten der Vergangenheit ablegen können und sich endlich den Zukunftsaufgaben zuwenden können.

Ich lade Sie alle ein, dass wir uns gemeinsam für diese existentiell wichtigen Maßnahmen in unseren Parteien, auf den verschiedenen staatlichen Ebenen und insbesondere in der Öffentlichkeit einsetzen, um die Zukunftsfähigkeit unserer Städte wieder sicherstellen zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister lassen Sie mich zum Abschluss der Kämmererei und meinem Team danken. Der Aufstellungsprozess war schon aufgrund der Pandemie und den krisenhaften Entwicklungen nicht sehr einfach. Der Kämmererei ist es trotz erheblicher personeller Engpässe gelungen, den Haushalt mit neuen rechtlichen Rahmenbedingungen, der COVID-Isolierung und sich immer wieder ändernden Prognosewerten zeitnah zu erstellen. Damit haben Sie jetzt eine Grundlage für die Haushaltsberatungen und ausreichend Zeit, sich mit den Grundlagen für das nächste Jahr und darüber hinaus zu beschäftigen. Gerne stehen wir, die Kämmererei und ich, im Rahmen unserer Möglichkeiten zur Verfügung, um Sie dabei zu unterstützen.